



04.02.2021: Während sich Bundesverteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer über den Inhalt der Gespräche mit ihrem türkischen Amtskollegen Hulusi Akarsehr sehr bedeckt hält, ist dieser offener. Die Türkei und Deutschland werden konkrete Schritte in der bilateralen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik unternehmen, sagte er nach seiner Rückkehr nach Ankara. Unter anderem könne die Zusammenarbeit ?beim Drohnen-Thema weiter entwickeln? werden.

Der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar hat gestern (3.2.) gegenüber der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu Ajansi einige Äußerungen über seinen Deutschlandbesuch gemacht. Diese sind offener als die Erklärung der deutschen Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer.

Deutschland sei einer der wichtigsten Verbündeten der Türkei in der europäischen Sicherheit und Politik sowie in der Wirtschaft, sagte Hulusi Akar am Mittwoch über das Treffen mit seiner deutschen Amtskollegin Annegret Kramp-Karrenbauer in Berlin. Die Türkei und Deutschland werden konkrete Schritte in der bilateralen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik unternehmen, fügte er hinzu.

Akar sagte unter anderem: "Besonders in Fragen der Verteidigung und Sicherheit haben wir mit Ministerin Karrenbauer einen sehr ernsthaften, offenen und freundschaftlichen Gastgeber erlebt. (...) Die Gastfreundschaft Deutschlands hat uns sehr glücklich gemacht. (...) Es gibt eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der türkischen Armee, die einen Bedarf an Waffensystemen, Fahrzeugen und Ersatzteilen hat. In der vor uns liegenden Zeit erwarten wir in diesem Sinne positive Entwicklungen. Wir haben zudem ausgedrückt, dass wir beim Drohnen-Thema die Zusammenarbeit weiter entwickeln können."

Die Türkei strebt den Abschluss einer Reihe von Rüstungsgeschäften mit Deutschland an, darunter eine U-Boot-Flotte und Teile für den nationalen Panzer.

Türkische Beamte hätten bereits Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) bei dessen Besuch in Ankara im Januar (siehe kommunisten.de: ?[Zweierlei Maß](#)?) eine

Türkei – Deutschland: ?Zusammenarbeit bei Drohnen weiter entwickeln?

Kategorie: Deutschland

Veröffentlicht: Donnerstag, 04. Februar 2021 18:29



Liste mit den gewünschten Rüstungskoooperationen übergeben, berichtete die Zeitung Sabah. Die Exportlizenzen, die die Türkei von Deutschland genehmigt haben möchte, beinhalten die Erlaubnis für den Verkauf von Motoren für den Altay-Panzer. Deutsche Rüstungsfirmen warten ebenfalls auf die Genehmigung Berlins und argumentieren, dass die Genehmigung für die Verkäufe eine "Win-Win-Situation" für die bilateralen Beziehungen wäre, so die Zeitung.



In dieser Logik liegt auch die Zusammenarbeit beim Dronen-Thema?. Die Türkei hat im Krieg Aserbaidshans gegen Armenien ihre Schlagkraft mit Kampfdrohnen unter Beweis gestellt. Der Einsatz der türkischen Kampfdrohnen war entscheidend für den Sieg über die armenische Armee.



CDU/CSU und Teile der SPD streben die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen an, so dass auch hier eine "Win-Win-Situation" für den Militär-Industrie-Komplex beider Seiten entstehen könnte.

Die Türkei ist einer der wichtigsten Exportmärkte für Rüstungsgüter aus deutscher Produktion. Deutschland exportierte 2018 Waffen im Wert von 243 Millionen Euro (268 Millionen Dollar) in die Türkei, was fast ein Drittel aller deutschen Waffenexporte ausmacht. Im Jahr 2019 erhielt

Türkei – Deutschland: ?Zusammenarbeit bei Drohnen weiter entwickeln?

Kategorie: Deutschland

Veröffentlicht: Donnerstag, 04. Februar 2021 18:29

unter Wasser über 50 Kilometer weit orten können. Sie können in Küstennähe manövrieren, weil ihnen ein halber Meter Wasser unter dem Kiel ausreicht. In den flachen und inselreichen Gewässern zwischen Griechenland und der Türkei sind diese Boote eine ideale Waffe für die türkische Expansionspolitik zur See. Die Türkei hätte mit diesem Bootstyp einen gewaltigen strategischen Vorteil im Streit um die Gasvorkommen in der Ägäis.

Griechenland, Zypern und Frankreich fordern Deutschland auf, alle Waffenexporte, auch die Lieferung ?maritimer Komponenten?, an die Türkei zu stoppen, bis diese im Streit mit Griechenland einlenkt und die Erkundung von Gasfeldern vor Zypern einstellt. Doch Deutschland blockiert den Vorschlag für ein Waffenembargo der Europäischen Union gegen die Türkei.

Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) sagte nach seinem Ankara-Besuch, dass er von Sanktionen gegen die Türkei nichts mehr hören wolle. "Natürlich glauben wir weiterhin, dass es eine Lösung des Konflikts geben wird und dass wir nicht dauerhaft einen NATO-Partner aus der Rüstungszusammenarbeit herausnehmen müssen", so der SPD-Politiker. Hulusi Akar hat mit seinen Äußerungen ein wenig deutlicher gemacht, wie diese "Rüstungszusammenarbeit" funktionieren soll.

siehe auch



[Deutschlandbesuch als Teil der türkischen Angriffsvorbereitung](#)